

## **GSP.I-01** Kapitel 8: International zusammenarbeiten

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 24.08.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-I International zusammenarbeiten

### **Antragstext**

#### 1 **Kapitel 8: International zusammenarbeiten**

#### 2 **Frieden und internationale Ordnung**

3 (327) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur global  
lösen.

4 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler Kooperation.

5 (328) Eine an Frieden, Freiheit, Solidarität, Menschenrechten und globaler Gerechtigkeit

6 orientierte Politik braucht Bündnisse all derer, die an den Wert von Kooperation und die  
7 Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben – gerade weil offene  
8 Gesellschaften immer stärker auch im globalen Systemwettbewerb mit autoritären  
Staaten und

9 Diktaturen stehen. Multilaterale Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen  
bleibt

10 die beste Form, globale Politik zu gestalten.

11 (329) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung globaler

12 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte von Einzelnen und von  
13 Kollektiven schützt, Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der  
Allgemeinheit

14 löst.

15 (330) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte Nationen mit  
dem

16 Ziel einer Weltinnenpolitik. Die Vereinten Nationen sind das zentrale Forum, um  
17 völkerrechtliche Normen zu entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele zu  
18 verständigen. Sie müssen gestärkt werden.

19 (331) Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist unsere Brücke in die  
20 Zivilgesellschaften der Welt. Das Netzwerk ihrer Akteur\*innen schafft sichere  
21 Begegnungsräume für den kulturellen Austausch, Zugang zu Bildung und Wissen und  
übernimmt

22 Verantwortung auch aus unserer Geschichte heraus. Sie ist wertegeleitete Außenpolitik  
auf

23 individueller Ebene, die Frieden und Entwicklung, internationale Kooperation und  
Solidarität

24 in den Mittelpunkt stellt.

25 (332) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische Union  
als

26 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt, besonders im Rahmen der  
Vereinten

27 Nationen, bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser  
28 Verantwortung kann die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen  
überwindet und  
29 gemeinsam handelt. Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine  
stetige  
30 Vertiefung und Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen  
Europäischen  
31 Republik.

## 32 **Europäische Union**

33 (333) Die Europäische Union ist Anker für Multilateralismus und demokratische  
Souveränität  
34 in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union auf eine  
35 wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das Projekt EU  
immer  
36 wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren ohne Absprachen und oft  
unsolidarisch.  
37 Gerade in Krisen aber zeigt sich, dass die EU als Gemeinschaft stärker ist als jedes Land  
38 für sich allein und dass die Europäische Union mehr ist als ein Binnenmarkt. Sie muss  
als  
39 politisches Projekt weiterentwickelt werden.

40 (334) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der  
Europäischen  
41 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung, die  
42 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

43 (335) Die Europäische Grundrechtecharta, freie Binnengrenzen und europäische  
Freizügigkeit  
44 sind Meilensteine der europäischen Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

45 (336) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames  
strategisches  
46 Bewusstsein der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht. Indem die  
EU  
47 mehr strategische Souveränität aufbaut, kann sie auch global Demokratie schützen und  
den  
48 Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an  
Menschenrechten und  
49 Gemeinwohl orientierte Standards setzen.

50 (337) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich einen großen  
Einfluss.  
51 Daraus erwächst die Verantwortung, diese Stärke für eine an Menschenrechten und  
Gemeinwohl  
52 orientierte und regulierte Globalisierung einzusetzen, die Krisen verhindert, statt sie zu  
53 verstärken. Wer ökologisch, sozial, transparent und menschenrechtskonform produziert,  
soll  
54 davon einen Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, soll negative Konsequenzen spüren.

55 (338) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche Brille  
56 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen

57 paneuropäischen Diskurs in einer europäischen Öffentlichkeit sowie eine  
paneuropäische  
58 Zivilgesellschaft. Dafür sind nichtkommerzielle und europäisch geförderte  
Kommunikations-  
59 und Begegnungsräume für alle Europäer\*innen notwendig – digital, über die  
klassischen Medien  
60 und im direkten Austausch miteinander –, ebenso wie gemeinsame  
Organisationsformen wie  
61 europäische Vereine und gemeinnützige Organisationen.

62 (339) Eine starke Europäische Union gibt es nur mit verstärkter Zusammenarbeit. Denn  
nicht  
63 alle EU-Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit. Die fehlende Einigung der EU-  
Staaten  
64 oder die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für kollektives  
65 Nichthandeln werden. Deswegen müssen manche Mitgliedstaaten nächste Schritte eher  
gehen als  
66 andere und in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Dabei ist immer  
sicherzustellen, dass das  
67 Projekt der Europäischen Union als Ganzes nicht gefährdet wird und dass alle  
Mitgliedstaaten  
68 sich jederzeit anschließen können. So kann es in einem Bündnis der europäischen  
Demokratien  
69 auch gegen die nationalistischen Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das  
europäische  
70 Einigungswerk fortzusetzen sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

71 (340) Die EU muss weltpolitikfähig werden. Sie muss im Sinne universeller Werte und  
daraus  
72 abgeleiteter Interessen die Regeln und Realitäten des internationalen Umfelds  
mitgestalten.  
73 Eine geeinte Europäische Union kann sich in der globalisierten Welt als Akteurin  
behaupten  
74 und demokratische und nachhaltig orientierte Gestaltungskraft entfalten. Die  
Grundlage dafür  
75 bilden die Menschenrechte und die globalen Nachhaltigkeitsziele.

76 (341) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik entscheidend  
77 mitzugestalten. Dabei gilt es, nationale Interessen im Lichte des europäischen  
Gemeinwohls  
78 und der europäischen Handlungsfähigkeit zu definieren und die Leitlinien der  
Mitgliedstaaten  
79 in einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie zu bündeln. Das Prinzip der  
Einstimmigkeit  
80 soll durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden, um die gemeinsame Außen- und  
81 Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so handlungsfähiger zu werden.

82 (342) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen  
Verpflichtungen im  
83 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der politischen  
84 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen und  
85 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern mitzugestalten.  
86 Partnerschaften, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität mit den Regionen vor

## Europas

87 Haustür tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der EU ist  
eine  
88 wichtige Säule, die auf demokratischer Solidarität und der selbstbestimmten  
Entwicklung der  
89 osteuropäischen Nachbarn basiert. Auch die Kooperationen mit Staaten in Nordafrika  
und dem  
90 Nahen Osten können Demokratisierung, Durchsetzung von Menschenrechten und  
wirtschaftliche  
91 Entwicklung stärken. Unter dieser Prämisse sollen sie ausgebaut werden. Die  
gemeinsamen  
92 europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind im Zusammenspiel mit einer  
starken  
93 Europäischen Union wichtige Plattformen einer multilateralen Weltordnung.

## 94 Bündnispolitik

95 (343) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der internationalen  
96 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von  
Deutschland und  
97 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu  
verstärken,  
98 besser zu koordinieren und die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und  
kohärent  
99 in nationale und europäische Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der  
Reform  
100 durch Stärkung. Das ist gerade wichtig, wenn nationale Egoismen zunehmen und  
wichtige  
101 Entscheidungen blockiert werden.

102 (344) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die  
Realitäten  
103 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und  
finanzielle  
104 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der  
Regionen und  
105 der Beitragsleister im Sicherheitsrat.

106 (345) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN und  
als  
107 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit gestärkt werden. Ihre  
Aufgabe  
108 kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung und einem starken Mandat  
ausführen. Dafür  
109 sind deutlich höhere Beiträge an die WHO notwendig.

110 (346) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft  
blockiert  
111 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der  
internationalen  
112 Ordnung Vorreiter.

113 (347) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen informelle  
Formate

114 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die nicht an  
ihnen  
115 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die internationale  
116 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen. Sie  
müssen  
117 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den Sozial-  
und  
118 Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen überführt werden.

119 (348) Neben der staatlichen Zusammenarbeit sind Bündnisse mit und zwischen Städten  
und  
120 Regionen, Wirtschaftsakteur\*innen sowie Zivilgesellschaften zentral. Nichtstaatliche  
Akteure  
121 gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und multilateraler Ebene  
einbezogen  
122 und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der globalen  
123 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können neue Wege entwickelt und neue  
124 Bündnispartner\*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung  
125 voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales Vorgehen  
gibt, kann  
126 so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der Flucht- und Migrationspolitik  
127 vorangegangen werden.

128 (349) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler  
Wirtschaftskreisläufe  
129 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisation auf kommunaler  
und regionaler  
130 Ebene.

131 (350) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, ist für viele  
132 Menschen wesentlich. Statt in regionale Nationalismen, Unabhängigkeitsbestrebungen  
oder  
133 gewaltsame Konflikte zu verfallen, braucht es eine Politik für nationale Minderheiten,  
die  
134 deren Rechte auf kulturelle und sprachliche Vielfalt stärkt sowie gleichberechtigte  
135 gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Partizipation sichert und fördert.

### 136 **Globale Sicherheit**

137 (351) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt Sicherheit nicht  
von  
138 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile  
Krisenprävention,  
139 Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Ermächtigung  
marginalisierter  
140 Gesellschaftsgruppen, eine gewaltfreie Regelung von Konflikten, Wiederaufbau, Klima-  
und  
141 Umweltschutz, gerechte Ressourcenverteilung und die Geltung des internationalen  
Rechts sind  
142 Grundlage einer nachhaltigen Friedens- und Sicherheitspolitik. Dazu gehören auch die  
143 europäische Integration und die Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit.

144 (352) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn  
beides schon

- 145 in Gefahr ist. Konsequenterweise auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der Vorsorge  
146 viel Leid verhindern.
- 147 (353) Zivile Krisenprävention muss noch stärker institutionell verankert werden. Dazu  
bedarf  
148 es ausreichender Analysekapazitäten, Regionalkompetenz, Wirkungsforschung, eines  
149 intensivierten Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und der  
150 unmittelbaren Verfügbarkeit von Personal und Material. Zivile Krisenprävention und  
151 politische Konfliktlösung haben unbedingt Vorrang vor dem Einsatz militärischer  
Gewalt. Wo  
152 sich multiple Krisen häufen, kommt es besonders darauf an, bei der Krisenprävention  
153 schneller besser zu werden.
- 154 (354) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. VN-  
geführte  
155 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und als  
solche  
156 trotz aller Defizite – gerade durch eine größere europäische Beteiligung an  
157 Blauhelmeinsätzen – zu stärken.
- 158 (355) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und das  
breite  
159 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile  
Krisenprävention,  
160 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige Kultur-  
und  
161 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Polizeiexperten,  
162 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die Stärken der  
163 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie muss institutionell, personell  
und  
164 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.
- 165 (356) Maßgabe einer starken Außen- und Sicherheitspolitik sind der Schutz vor Gewalt  
und die  
166 gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen, bei allen Verhandlungen und  
in  
167 allen Gremien. Frauen sind fundamental für nachhaltige Versöhnungs- und  
Friedensprozesse. In  
168 der feministischen Außenpolitik stehen der Schutz und die Rechte aller  
marginalisierten,  
169 diskriminierten Bevölkerungsgruppen im Zentrum. Sie folgt dem Leitbild der  
„menschlichen  
170 Sicherheit“.
- 171 (357) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher ein  
172 zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dafür  
ist  
173 ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima- und  
174 Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den Folgen  
der  
175 Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und

Überschwemmungen  
176 betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.  
177 (358) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und  
bleiben  
178 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten  
global  
179 mehr Sicherheit für alle. Es braucht ein strenges Regelwerk zur Abrüstung und zum  
Verbot von  
180 chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen.  
Dazu gehört  
181 eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Der Anspruch ist nichts  
Geringeres als  
182 eine atomwaffenfreie Welt.

183 (359) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren,  
mensenrechtsverachtende Regime  
184 und in Kriegsgebiete verbieten sich. Es braucht eine gemeinsame restriktive  
europäische  
185 Rüstungsexportkontrolle mit starken Institutionen und im Einklang mit den EU-Leitlinien  
für  
186 Rüstungsexporte. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche europäische  
187 Rüstungsexportkriterien verstoßen, müssen mit Sanktionen rechnen. Der Einsatz von  
188 Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten muss streng reguliert und private  
189 Militärfirmen müssen verboten werden.

190 (360) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner Steuerung mehr durch den  
Menschen bei  
191 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare  
Bedrohung dar. Um  
192 diese Entwicklung zu stoppen, braucht es international klare ethische Regeln und  
Verbote.  
193 Weiterentwickelte, verbindliche Regeln sollen eine Militarisierung des Weltraumes  
194 verhindern.

195 (361) Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sich gegen Angriffe auf  
ihre  
196 kritische Infrastruktur schützen. Um Angriffe über und auf das Internet zu verhindern,  
197 braucht es mehr eigene Anstrengung zur Sicherung der Infrastruktur und ein  
internationales  
198 Vertragswerk.

199 (362) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit sich.  
Wir  
200 wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid führen  
kann.  
201 Handlungsleitend in der internationalen Sicherheitspolitik ist auch das erweiterte VN-  
202 Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, React, Rebuild),  
das  
203 uns als internationale Gemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten  
204 Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.  
Zentral für  
205 Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit ist auch der Einsatz gegen die Straflosigkeit

- solcher  
206 Menschenrechtsverbrechen.
- 207 (363) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel. Bewaffnete  
208 Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind einzubetten in ein System gegenseitiger  
kollektiver  
209 Sicherheit und in ein politisches Gesamtkonzept, basierend auf dem Grundgesetz und  
dem  
210 Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche  
211 Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht  
im  
212 Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu  
decken,  
213 steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso  
Menschenrechte und  
214 Völkerrecht schädigt wie Handeln.
- 215 (364) Die Bundeswehr ist eine in internationalen Bündnissen verankerte  
Parlamentsarmee.  
216 Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den Soldat\*innen  
sowie die  
217 Verpflichtung, sie entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben auszustatten. Der  
Auftrag  
218 und die Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen Herausforderungen  
für  
219 Sicherheit und Friedenssicherung. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner  
verlassen  
220 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen. Direkte  
221 Einsätze im Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Einsätzen der EU oder der NATO.
- 222 (365) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger\*innen in Uniform“  
binden  
223 die Soldat\*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes.  
Eine  
224 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Vielfalt der  
225 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher sozialer  
226 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von Frauen, die  
in der  
227 Bundeswehr beschäftigt sind. Menschenfeindliche Ideologien und rechte Strukturen in  
der  
228 Bundeswehr müssen konsequent verfolgt und zerschlagen werden. Unsere Geschichte  
lehrt uns,  
229 wie unersetzlich Demokratiebildung und antifaschistische Grundwerte gerade in einer  
Armee  
230 sind.
- 231 (366) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer  
232 Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die  
gemeinsame  
233 Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik  
voraus.  
234 Es braucht eine Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert ist. Anstatt immer  
mehr



- 235 Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte  
236 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten  
sollten  
237 gebündelt werden. Dafür braucht es eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von EU-  
Einheiten  
238 sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.
- 239 (367) Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muss strategisch,  
240 vorausschauend, umfassend und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine  
gemeinsame  
241 Analysefähigkeit sowie eine Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt  
für  
242 Schritt sollen immer mehr Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit  
243 getroffen werden können.
- 244 (368) Die NATO ist auf absehbare Zeit ein unverzichtbarer und sicherheitspolitischer  
245 Renationalisierung entgegenwirkender Bestandteil der europäischen  
Sicherheitsarchitektur  
246 sowie der transatlantischen Beziehungen. Sie leidet unter divergierenden  
247 sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und einer unklaren strategischen  
248 Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung. Mit einer stärkeren  
militärischen  
249 Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-  
Partnern  
250 Großbritannien und Norwegen können europäische strategische Interessen geschlossen  
und  
251 durchsetzungsstärker vertreten werden.
- 252 (369) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU.  
Wir  
253 teilen die Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung innerhalb des OSZE-  
Raums. Die  
254 OSZE braucht eine Stärkung, um das Ziel eines Systems kollektiver Sicherheit in ganz  
Europa  
255 voranzubringen.
- 256 **Globale Strukturpolitik**
- 257 (370) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche der  
Politik.  
258 Globale Strukturpolitik muss sich für die sozial-ökologische Transformation von einer  
259 „Politik nach außen“ lösen und einen abgestimmten, vernetzten Ansatz verfolgen. Das  
heißt  
260 auch, das Denken in einzelnen Ressorts zu beenden und innere Widersprüche im  
261 Regierungshandeln konsequent auszuräumen. Alle politischen Entscheidungen müssen  
einem  
262 verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden.
- 263 (371) Handlungsrahmen für das Gesamtregierungshandeln sind die Menschenrechte,  
die  
264 Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige  
265 Entwicklung. Sie sind Voraussetzung dafür, Strukturen global und nachhaltig gestalten  
zu

266 können. So konnten Erfolge bei der Bekämpfung von Armut und Hunger sowie beim  
Zugang zum  
267 Gesundheits- und Bildungssystem erreicht werden. Das Recht auf Entwicklung gilt  
weltweit. Um  
268 die globalen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten und das globale Zusammenleben  
möglichst  
269 krisenfest zu gestalten, braucht es kohärente Politik in allen Politikfeldern.

270 (372) Internationale Zusammenarbeit mit Staaten und Zivilgesellschaften in ärmeren  
Regionen  
271 der Welt ist weder auf Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren noch einseitigen  
272 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen unterzuordnen. Internationale  
273 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem  
Partnerschaftsprinzip  
274 bei globalen Herausforderungen, auf Selbstbestimmung und hat globale Gerechtigkeit  
und die  
275 Sicherung globaler öffentlicher Güter zum Ziel.

276 (373) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden  
durch ein  
277 faires und nachhaltiges Wachstums- und Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des  
278 Kolonialismus erwächst für Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung.  
279 Wertegeleitete Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts- und  
280 klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu unterlassen.

281 (374) Es braucht eine starke öffentliche Säule der Entwicklungsfinanzierung. Sie gehört  
282 wirksam ausgeweitet und verbessert. Die globale Transformation bedeutet vor allem in  
ärmeren  
283 Ländern massive Investitionen. Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale  
284 Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen, muss ein zentrales Ziel der globalen  
285 Finanzierungsarchitektur sein. Internationale Zusagen müssen verbindlich eingehalten  
und die  
286 Förderung der Geschlechtergerechtigkeit muss berücksichtigt werden. In der  
internationalen  
287 Klimafinanzierung stehen die Industriestaaten gegenüber den ärmeren Ländern bei der  
288 Anpassung und bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten in der Verantwortung.

289 (375) Als weltweit größte Geberin hat die EU ein großes Potential für mehr Kohärenz  
und  
290 Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig eine europäische  
291 Vergemeinschaftung der nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten. Eine  
gemeinsame  
292 europäische Entwicklungszusammenarbeit soll zu einem Kern des gemeinsamen  
europäischen  
293 Handelns werden.

294 (376) Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive Zivilgesellschaft  
angewiesen.  
295 Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und soziale Ungleichheit zu  
296 bekämpfen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume einer kritischen Zivilgesellschaft  
global  
297 zu verteidigen und die Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft zu stärken und zu  
298 erweitern.

---

**299 Handel**

- 300 (377) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe an  
Gütern  
301 und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen. Handel ist kein  
Selbstzweck,  
302 sondern dient einem gerechten Wohlstand und damit der menschlichen Entfaltung. Er  
soll fair  
303 gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur Umsetzung der VN-  
304 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu  
305 konterkarieren.
- 306 (378) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten WTO  
soll für  
307 den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Auch fortschrittliche bilaterale  
308 Abkommen sind wichtige Schritte auf diesem Weg, wenn sie transparent und  
demokratisch  
309 zustande kommen und sich an globalen Gemeinwohlinteressen ausrichten.
- 310 (379) Europäische Handelspolitik ist ein starkes Instrument, um Umwelt-, Tier- und  
311 Klimaschutz, die Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz  
von  
312 Arbeitnehmer\*innen-Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und  
weltweit  
313 durchzusetzen. Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise  
314 Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und  
315 unterliegen einem öffentlichen Interesse. Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne  
sind  
316 auszuschließen.
- 317 (380) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit  
überlebensnotwendigen  
318 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen globalen  
319 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt  
produziert  
320 werden können.
- 321 (381) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe beachten  
und  
322 Instrumente beinhalten, welche die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele sichern, wie  
zum  
323 Beispiel Mindeststandards oder Handelsbeschränkungen.
- 324 (382) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und in  
der  
325 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit  
öffentlichen  
326 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen  
327 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.
- 328 (383) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu  
stärken. Sie  
329 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und welche sie

330 vorerst schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher  
331 ökologischer  
332 und sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen und sollen Exporte  
333 nicht  
332 subventionieren, die lokale Märkte zerstören. Denn formal gleiche Rechte bei ungleich  
333 verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten Ergebnissen.

334 (384) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt  
335 müssen frei  
335 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und  
336 Umweltzerstörung. Dafür soll Fair Trade Standard werden. Das gilt für den gesamten  
337 Weg der  
337 Lieferketten und ist über vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren, sowie  
338 über gesetzliche Verpflichtungen herzustellen. Dabei kommt der öffentlichen Hand als  
339 weitaus  
339 größtem Beschaffer eine besondere Verantwortung zu.

#### 340 **Finanzmärkte und Währungsordnung**

341 (385) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine  
342 schwere  
342 Wirtschaftskrise ausgelöst und weltweit für schwere Verwerfungen gesorgt. Kurzfristige,  
343 spekulative Finanzströme sollen daher reguliert, verteuert und notfalls verboten  
344 werden.  
344 Auch mit Steuerumgehung und nicht gesicherten Spekulationen soll künftig kein Geld  
345 mehr  
345 verdient werden. Steuersümpfe müssen trockengelegt und internationale  
346 Steuerhinterziehung  
346 muss bekämpft werden.

347 (386) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite Entwicklung  
348 und  
348 gehören zu einer starken europäischen Außenwirtschaftspolitik. Eine gerechte  
349 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern – nicht nur den wohlhabenden – eine  
350 langfristige und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer  
350 Regulierung  
351 von kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von Wechselkursen.

352 (387) Nur globale öffentliche Institutionen können gegen spekulative Attacken auf  
353 Staaten  
353 und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine weltweite Kooperation  
354 der  
354 Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des Internationalen  
355 Währungsfonds (IWF). So soll Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein  
356 stabiler Rahmen gesetzt und Krisen sollen so verhindert werden. Die Europäische  
356 Zentralbank  
357 steht schon jetzt in der Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und  
358 am  
358 wenigsten entwickelte Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren  
359 und  
359 abzusichern. So hilft europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen

Ländern

360 zu vermeiden und deren Entwicklung zu fördern.

361 (388) Schulden können – wenn das Geld gut investiert wird – Entwicklung fördern und die

362 notwendige Finanzierung für die sozial-ökologische Transformation bereitstellen.

363 Überschuldung hingegen schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Aber sie bremst auch die

364 Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung, Bildung und

365 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss regelbasierte

366 Verfahren ermöglichen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch

Schuldenerlasse,

367 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.

368 (389) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der Euro soll

369 zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame Fiskalpolitik

370 der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen, abgesichert mit

371 eigenen Steuerquellen. Europas strategische Souveränität soll auch durch eigene europäische

372 Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

### 373 **Migration und Flucht**

374 (390) Migration ist etwas zutiefst Menschliches und war stets Triebfeder für Entwicklung und

375 globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Austausch und Innovation. Migration ist kein

376 Ausnahmezustand, sondern prägt und verändert seit Jahrhunderten auch unsere Gesellschaft und

377 unseren Alltag auf allen Ebenen. Unsere Demokratie ist keine, in der Zugehörigkeit auf

378 Herkunft basiert, sondern eine offene Gesellschaft, in der wir uns gemeinsam darüber

379 verständigen, wie wir zusammenleben wollen.

380 (391) Der Globale Pakt für Migration stärkt und sichert die Rechte und die Freiheit von

381 Menschen, die nicht in ihrem Geburtsland leben, arbeiten oder zur Schule gehen. Er ist

382 Grundlage für die internationale Verständigung zum rechtebasierten Umgang mit Migration und

383 soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Seine Prinzipien müssen national verbindlich

384 umgesetzt werden.

385 (392) Migration braucht legale Zugangswege. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb

386 braucht es ein Einwanderungsgesetz mit fairen und diskriminierungsfreien Kriterien für legale Einwanderung. Das schließt ein Recht auf Familienleben mit ein sowie dass

387 Menschen

388 ihren Status wechseln und zwischen ihrem Herkunftsland und dem Wohnort hin- und herreisen

389 können. Menschen, die hier leben, sollen schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten

- 390 bekommen. Dafür braucht es ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, das mehrere  
391 Staatsbürgerschaften ermöglicht.
- 392 (393) Menschen, die aufgrund von politischer Verfolgung, Folter, massiven  
393 Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen,  
werden durch  
394 das Asylrecht geschützt. Das international verankerte Recht, in einem anderen Land  
Schutz zu  
395 suchen, beruht auf den Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die  
völkerrechtlich  
396 verbindlichen Regeln, insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten universell  
und  
397 uneingeschränkt für alle Geflüchteten. Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist  
Grundpfeiler  
398 einer menschenrechtsorientierten Politik und muss unangetastet bleiben. Der Globale  
Pakt für  
399 Flüchtlinge steht für das Bestreben, Flucht international menschenwürdig zu gestalten  
und  
400 die Rechte der Betroffenen zu schützen. Entsprechend muss der internationale Umgang  
mit  
401 Geflüchteten rechtebasiert weiterentwickelt werden.
- 402 (394) Egal wo jemand herkommt, egal wo jemand hinwill oder aus welchem Grund ein  
Mensch in  
403 Seenot ist: Menschen sind aus Lebensgefahr zu retten und an einen sicheren Ort zu  
bringen.  
404 Dort, wo Menschen in Not sind, haben Staaten die Verantwortung, Rettungen zu  
koordinieren  
405 und zu organisieren. Dafür braucht es ein gemeinsames EU-Seenotrettungssystem.  
406 Hilfsorganisationen, die Menschen aus Seenot retten, müssen unterstützt und dürfen  
nicht  
407 kriminalisiert werden.
- 408 (395) Die weltweite Zahl von Menschen auf der Flucht steigt auch durch klimabedingte  
409 Katastrophen, die wiederum bestehende Konflikte weiter verschärfen. Ziel muss sein,  
durch  
410 Klimaanpassung und -schutz zu verhindern, dass Menschen aufgrund der Klimafolgen  
ihre Heimat  
411 verlassen müssen. Menschen, denen Staatenlosigkeit droht oder die dauerhaft ihre  
Heimat  
412 verlieren, brauchen Möglichkeiten zur würdevollen Migration. Sie dürfen nicht in eine  
413 Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.
- 414 (396) Menschen brauchen Perspektiven. Duldungen bedeuten einen Zustand in der  
Schwebe,  
415 fortdauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss  
Ausnahme  
416 bleiben. Menschen, die dauerhaft hier leben, brauchen ein Bleiberecht. Abschiebungen  
in  
417 Kriegs- und Krisengebiete verbieten sich.
- 418 (397) Rechtsstaatliche, schnelle und geordnete Verfahren ermöglichen die  
Wahrnehmung der

- 419 menschenrechtlichen und humanitären Verantwortung der EU. Abschottung ist nicht  
420 nur inhuman,  
421 sondern führt zu Chaos. Rechtsstaatlich kontrollierte EU-Außengrenzen, eine  
422 zuverlässige  
423 Registrierung – perspektivisch über eine eigene europäische Asylbehörde – sowie ein  
424 einheitliches europäisches Asylsystem, das die Verantwortung innerhalb der EU fair  
425 verteilt,  
426 sind die Grundlagen einer gemeinsamen EU-Asylpolitik. Grenzen sind nur  
427 rechtsstaatlich  
428 geschützt, wenn Menschenrechte an diesen Grenzen geschützt werden.
- 425 (398) Nicht jede\*r hat das Recht auf Asyl, aber jede\*r hat das Recht auf ein  
426 rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige  
427 Unterbringung  
428 und Behandlung. Zugang zu rechtlicher Beratung und Widerspruchsmöglichkeiten  
429 sowie zu  
430 ärztlicher Versorgung muss in dieser Zeit gewährleistet sein.
- 429 (399) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der  
430 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperation und Solidarität mit  
431 Nachbarstaaten und  
432 weiteren Aufnahmeländern notwendig. Kooperationen mit Drittstaaten dürfen jedoch  
433 nicht zu  
434 Menschenrechtsverletzungen führen oder zum Ziel haben, Schutz in Europa unmöglich  
435 zu machen.  
436 Besonderen Schutz brauchen vulnerable Gruppen wie zum Beispiel Frauen, Kinder,  
437 LGBTIQ, alte  
438 und kranke Menschen.
- 435 (400) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht die  
436 Menschen  
437 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Politik muss sich danach ausrichten, die  
438 politischen Herausforderungen global zu denken und auch lokal dafür Sorge zu tragen,  
439 globale  
440 Gerechtigkeit zu stärken. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder  
441 Rüstungsexportpolitik muss konsequent auf ihre sozialen, wirtschaftlichen und  
442 ökologischen  
443 Wirkungen in Drittstaaten überprüft werden und nach dem Pariser Klimaabkommen,  
444 den  
445 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen sowie den Menschenrechten gestaltet  
446 sein.
- 442 (401) Im Zentrum unserer Asyl- und Migrationspolitik steht der Mensch in seiner Würde  
443 und  
444 Freiheit. Unser Ziel ist eine Welt, in der Menschen nicht zur Flucht gezwungen werden.